

Können die Lohn- und Gehaltssteigerungen, die jetzt notwendig werden, sehr leicht zur Folge haben, daß unsere Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist und wir infolgedessen eine große Arbeitslosigkeit bekommen, wie wir das im Jahre 1930 schon einmal erlebt haben.

Freilich die Unternehmer können jetzt mit der Bewegung der Warenpreise sehr zufrieden sein. Bei der Ausfuhr erzielen sie glänzende Bilanzgewinne und sie verbleiben im Ausland, weil sie vielfach billig eingekaufte Waren zu den inzwischen höhergeordneten Preisen verkaufen können und weil die Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten langsamer steigen als die Preise der Erzeugnisse. Für Händler, Industrielle und Landwirte sind glänzende Zeiten.

Den Massen der Bevölkerung droht immer größere Verelendung. Das ist der Segen der freien Wirtschaft. So mancher, der einst den Versprechungen der Verächter des freien Handels geglaubt hat, wird jetzt einsehen, wie recht die Sozialdemokratie hatte, als sie sich gegen den vorläufigen Abbau der Zwangswirtschaft zur Wehr setzte.

Bannt die Teuerungsgesahren für uns und unsere Kinder.

Kann man die neue, große, wichtige Rolle der Teuerung nicht mehr aufhalten, so schlägt sie über uns zusammen und wird im Zurücktreten vielleicht mehr mit sich reiben, als wir jetzt noch eine Ahnung haben. Und dieses Wissen bringt uns den Horn in die Herzen und Hände... und wehe, wenn die Verzweiflung sich unserer bemächtigt.

Der kleine Schritt, den wir durch unseren Fleiß, auch wohl durch treue Mittheilung verspürender Freunde (Kücher, Auslandshilfe usw.) voraus gekommen waren in Bezug auf die Gesundung unserer Kinder, diesen kleinen, mühseligen Schritt voran werden wir wieder zurück gehen. Und dann ist vielleicht für Jahre unsere Arbeit an der Gesundung unserer Kinder und der kommenden wieder vernichtet! Jede Teuerung ist eine Kette von Zusammenhängen, die von der Gewinnsucht der kapitalistischen Erzeuger und Verkäufer geschmiebelt werden. Jeder Teuerung ergehen und erliegen Tausende von unschuldigen Wesen, unter ihr leiden in den letzten Jahren fast eine Million Dreiviertel unseres Volkes.

Die Alten, die Mütter und die Kinder litten... Ist gefahren, so zu ihnen noch alle körperlich geschwächten Männer. Man gehe einmal durch einen Arbeiteraum 4. Klasse, in dem Arbeiter auf ihren Zug warten! Man sehe einmal in die Gesichter unserer Industriearbeiter, wenn sie von der Arbeit heimkehren, er auch zu ihr hingehen! Diesen Menschen will man eine Teuerung zumuten?

Ich sehe vor mir die Kinder unseres Bezirkes, die der Quälerei sich drängen! Und ich denke daran, wie ich sie im Vorjahre zuerst sah und mich abwandte, weil ich die Folgen der schlechten Ernährung noch nicht so deutlich vor mir gesehen hatte. Was ist uns unsere Arbeit für unsere Kinder und unsere Kenntnis, daß nur jahrelange sorgsame Ernährung, genügend Fett und Milch, Gemüse, Obst und Abwechslung helfen kann, diese kleinen geschwächten Menschenpflanzen wieder aufblühen und kräftig wachsen zu lassen! Was nützt es, daß wir sehnend wachen und die Kinder lebend machen, wenn man uns jetzt schon der durch eine so überwältigende Teuerungswelle, was kräftiger wurde, alles was wieder aufleben sollte, erschlägt, erstickt!

Unsere Alten, unsere Männer, Frauen und Kinder leiden nicht mehr Monate mit zu wenig Fett und Milch, ohne Butter und Margarine, mit geringerer und zu geringer anderer Nahrungsmenge auskommen.

Und wir wollen nicht zusehen, wie unsere Arbeit elenden und verachtet wird! Unsere Kinder und wir haben ein Recht auf Leben und fordern dieses, bis man unsere Forderung versteht. Es darf nicht mehr lange dauern, daß man uns zu hören kommt.

Bekämpfung der Not in Deutschland.

Das Reichskabinett bewilligte eine Zuzuschussleistung von 100 Millionen Mark an die Quälerei für kriegsbedingte deutsche Kinder und Frauen. Schließlich den eine Notstandsaktion zur Milchversorgung Städte und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung Lebensmittelknappheit beraten. Diese Fragen am Sonnabend nochmals in der preussischen Kammer besprochen werden. Dem „Vorwärts“ zufolge aber heute schon fest, daß die Notstandsaktion Milchversorgung durchgeführt, und daß in den nächsten Tagen neue Maßnahmen zur Bekämpfung Nahrungsmittelknappheit beschlossen werden.

Eine polnische Säuberungsaktion an der Ostgrenze.

Das polnische Außenministerium hat mit Bezugnahme auf die Anschuldigungen der letzten Note der tschechoslowakischen und ukrainischen Sowjetregierungen der tschechoslowakischen Sowjetvertretung mitgeteilt, daß die polnische Regierung gegen eine umfangreiche polizeilich-politische Säuberungsaktion längs der polnisch-tschechoslowakischen und polnisch-ukrainischen Grenze, insbesondere am Zbrusich, durchgeführt habe. Dadurch sollte das Grenzgebiet von verdächtigen Elementen und vorhandenen Banden gesäubert werden, welche die Sicherheit der Nachbarstaaten bedrohen könnten.

Die wenigen mit Waffen aufgegriffenen Personen hätten ausgesagt, sie seien von der Sowjetunion her ins polnische Gebiet gelangt.

Eine deutsche Handelsdelegation in Moskau.

In Moskau ist eine deutsche Handelsdelegation unter Führung Dr. Hermanns eingetroffen, begleitet vom Leiter der Export-Import-Gesellschaft Schömann. Dr. Hermann teilte der Presse mit, daß es seine Aufgabe sei, Verhandlungen mit der Handelswirtschaftskommission aufzunehmen zwecks Einfuhr von Qualitätskorn und Erlangung von Konzessionen zur Errichtung deutscher Musterwirtschaften für Saatgutzüchtung und für Einführung der besten modernen Methoden der Vieh- und Pferdezüchtung sowie Versorgung der russischen Landwirtschaft mit Maschinen und Ausrüstungsgegenständen. Am Austausch erwarte Deutschland Flach, Holz, Pelze und andere russische Rohstoffe. Außer diesen besonderen Zielen beabsichtige die deutsche Handelsdelegation die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland in weitem Maße zu fördern, insbesondere angesichts der neuen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung. Dr. Hermann erklärte, die Delegation verfolge keine politischen Ziele.

Zur Frage der Auflösung des polnischen Sejms.

In der Sitzung des Senatskonvents wurde gestern beschlossen, folgende Gesetzesvorlagen noch vor der Auflösung des Sejms zu erledigen: das Gesetz über Wahlordnung, die einmalige Vermögensabgabe, Sanierung der Staatsfinanzen, Vermögenssteuern u. a. Finanzvorlagen, ferner eine Vorlage über Ausnahmegeetze gegen staatsfeindliche, d. h. kommunistische Elemente. Auf Antrag einzelner Abgeordneter soll noch das Militärgezet, das Gesetz über die Autonomie der Wojewodschaften und die Ratifizierung der Verträge mit Frankreich, Rumänien und der Tschechoslowakei zur Erledigung kommen. Der Ministerpräsident Ponskowski, der bei seinem Amtsantritt die Notwendigkeit der baldigen Auflösung des gegenwärtigen Sejms betont hatte, hat jetzt das Desinteressement der Regierung in der Frage der Sejm-Auflösung erklärt. Somit bleibt diese Frage dem Ermessen des Sejms überlassen, was gegen die Rechtsopposition zu einem weiteren Aufschub der Sejm-Wahlen führen dürfte.

Kommunistische Provokateure.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht zwei Berichte, die während des kommunistischen Märzauflandes von der Aufstandsleitung in Halle an die kommunistische Zentrale in Berlin gerichtet worden sind, und aus denen hervorgeht, daß die Kommunisten systematisch darauf hingearbeitet haben, durch Provokation den Aufstand herbeizuführen. In dem einen Brief heißt es: „Wir waren uns klar, daß eine Provokation herbeigeführt werden muß, und daß der berichtigte erste Schritt von der gegnerischen Seite fallen müsse.“ Weiter wird in dem Brief gesagt, daß die Stimmung unter den Arbeitern so schlecht war, daß man der Meinung war, es bedürfe künstlicher Mittel, um die Sache hochzubringen. Es wurde sogar in Vorschlag gebracht, die beiden halle'schen Kommunisten Lemm und Brömmigk verhaften zu lassen, um so die halle'sche Arbeiterchaft herauszulösen.

Weiter sollte durch Attentate die Stimmung der Arbeiterchaft aufgeputzt werden. In dem zweiten Brief heißt es, daß zwei Kommunisten mit dem direkten Auftrag der Parteizentrale in Halle erschienen waren, die Aktion unverzüglich einzuleiten. Die Eipomannschaften sollten zur Abwehr gerüstet werden. Als Beweis für die Echtheit der Berichte erzählt der „Vorwärts“, daß sie von den Anhängern der Richtung Lepp dem Exekutivkomitee der dritten Internationale in Moskau unterbreitet werden sollten, um als Unterlage für ihre Anklage gegen die kommunistische Zentrale Deutschlands zu dienen. Sie sind bei Alara Zetkin gefunden worden, als sie die Grenze überschritt.

Die Vertrufung der Petersburger Metallindustrie.

Moskauer Nachrichten zu Folge wird die gesamte Metallindustrie Petersburgs vertruftet. Eine Ausnahme bilden nur die Putilow- und die Schchawst-Berke.

Der Aufstand in Ostkarelien.

Die durch die Unzufriedenheit mit der Naturalsteuer und durch die Gerüchte über einen baldigen Abzug der russischen Kommunisten, der in der zwischen Rußland und Finnland gelegenen neutralen Zone in Aussicht gestellt worden war, genährte Erhebung der ostkarelistischen Bevölkerung gegen die kommunistische Herrschaft breitet sich aus. Die Aufstandsbewegung trägt einen nationalen und lokalen Charakter. Vertreter der ostkarelistischen Insurgenten haben dem Sowjetgesandten in Helsinki eine Note überreicht, worin die Etablierung eines karelistischen Nationalrates und sofortige Rückziehung der russischen Truppen verlangt wird. Die finnlandische Regierung hat auf die sowjetrussische Note geantwortet, welche Finnland der Förderung des Aufstandes beschuldigt; die Antwortnote erklärt, daß der karelistische Aufstand durch den russischen Terror hervorgerufen worden sei. Die Sowjetregierung hat hierauf eine zweite in besonders

schroffer Form abgefaßte Note an die finnlandische Regierung überandt. Die finnische Presse ist über den Ton und Inhalt der Note sehr erregt und weist darauf hin, daß sie die diplomatischen Gepflogenheiten verletze.

Die Haupttruppen der Karelier operieren gegen Repola und Poraja, andere Abteilungen gegen Povenen. Die Eisenbahnbrücke über den Onasluß wurde gesprengt, die Bahnstationen Parandamskaja und Sokele wurden von den Kareliern genommen. Deshhalb der Murmanbahn nimmt der Ausbruch zu. Es gehen Gerüchte über Unruhen gegen die Sowjetregierung in Archangelsk um.

Lenins Bekenntnis zum Reformismus.

Lenins Jubiläumsartikel in der Moskauer „Pravda“, der nunmehr im Portant vorliegt, enthält ein viel entscheidenderes Bekenntnis Lenins zum Reformismus, als die telegraphischen Auszüge bisher erkennen ließen. Lenin erklärt, daß die Revolution vor der Notwendigkeit stehe, zu einer neuen „reformistischen“, allmählichen, vorsichtigen Methode überzugehen: Nicht die Zerstörung des alten Wirtschaftstypus, des kleinen Unternehmertums, des Kapitalismus, sondern die Wiederbelebung des Handels, der Kleinwirtschaft, des Kapitalismus sei jetzt das Ziel. Die echten Revolutionäre müssen unweigerlich zugrunde gehen, wenn sie meinen, „die große stegreiche Weltrevolution“ (Anführungszeichen Lenins) müsse unter allen Umständen alle Aufgaben auf revolutionäre Weise vollbringen. Es bedeute keine Bankrott-erklärung, wenn die Sowjetregierung gezwungen sei, auf denselben Gebieten, wo sie mit den allerrevolutionärsten Maßnahmen vorgegangen war, nunmehr zu einem ausgesprochenen reformistischen Verfahren überzugehen. Während, nach der Lehre Marx, vor dem Siege des Proletariats Reformen nur ein Nebenprodukt des Klassenkampfes seien, bieten sie nach dem Siege dem Lande außerdem eine notwendige und berechtigte Atempause, wenn für ein weiteres revolutionäres Fortschreiten keine Kraft mehr übrig sei. Je bewusster der angetretene Rückzug vollzogen werde, desto rascher werde man von neuem zum Angriff übergehen können.

Neue russische Münzprägungen.

Aus Moskau wird berichtet, daß der Petersburger Münzhof die Prägung von Rubelstücken wieder voll aufgenommen hat, während die Prägung der Scheidemünzen erst vorbereitet wird.

Volkswirtschaftliche Entlassungsmaßnahmen.

Die Rückkehr Rußlands zum Kapitalismus hat die Entlassung aller überflüssigen Arbeitskräfte notwendig gemacht. Gleichzeitig werden viele unrentable Staatsbetriebe aufgelöst. Eine von der Regierung eingesetzte Entlassungskommission hat angeordnet, daß von den 2,2 Millionen Staatsarbeitern 700 000 entlassen werden. Im Transportwesen sind 600 000 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung vorgesehen. Die Zahl der Sowjetbeamten soll von 2 Millionen auf 1 100 000 herabgesetzt werden. In erster Linie kommen in Betracht: 1. alle Personen, die freiwillig auscheiden wollen, 2. Personen, die systematisch die Arbeitsdisziplin untergraben, 3. Jugendliche u. Halbweibliche, 4. allfällige Arbeiter und Angestellte, 5. ungelernete Arbeiter.

Kleine politische Nachrichten.

Industrie und Eisenbahn. Der Großindustrielle Direktor Krämer erklärte gestern in einer Rede, die er im Verein der Berliner Kaufleute über das Kreditangebot hielt, daß schon in den nächsten Tagen ein Reichseisenbahnfinanzgesetz veröffentlicht würde, in dem die Auflösung der Eisenbahnen aus dem Reichsstaat vorgeesehen werde. Gleichzeitig werde ein Dienstgesetz erlassen werden, das mit der bisherigen Dienstregelung unter der schematischen Auffassung des Achtstundentages aufräumen werde.

Deutsch-polnische Konferenz. Im Laufe der gestrigen Sitzung gelangten der Präsident und die beiden Abordnungen zur völligen Einigung über das Verhandlungsverfahren der Konferenz. Das Sekretariat des Präsidiums wurde beauftragt, den endgültigen Text zu redigieren.

Aufgelöste Orgesch. Die Reichsregierung hat gestern auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177/178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 in Verfolg des Ultimatus der allierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die Organisationen Rohbach, Hubertus, Aulod, Geydebreck und Oberland für aufgelöst erklärt. Beteiligung an einer der aufgelösten Organisationen wird mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft.

In Deutschland gibt's keine Könige mehr. Die deutsche Regierung hat wegen eines Telegramms des ungarischen Reichsverwesers Horthy an den Prinzen Rupprecht von Bayern, in dem dieser den Prinzen als seine Majestät König Rupprecht anredete, in Budapest diplomatische Schritte unternommen.

Die Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte.

90. Vollziehung des Volkstages

am 24. November 1921

Die Beratungen über die Kartoffelversorgung konnten nicht vorwärts. Nachdem Ausschuss und Vollversammlung sich wiederholt mit der Frage beschäftigt haben, sollte gestern der vom Ausschuss vorgelegte Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet werden. Bei der Abstimmung über kommunalistische Änderungsanträge entzweite sich jedoch eine einstündige Geschäftsordnungsdebatte, die damit endete, daß man die Angelegenheit an den Ausschuss zurückverwies. Wie wir erfahren, tritt dieser erst am Dienstag nächster Woche zusammen. Bei der Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes begründete Gen. Arczynski verschiedene Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, durch die der Plan des Senats, Sondergerichte für die Landarbeiter und Arbeiter in kommunalen und staatlichen Betrieben zu schaffen, verhindert wird. Ein polnischer Antrag verlangte den Ausbau der Schlichtungsausschüsse und die Rechtswirksamkeit der von ihnen gefällten Urteile. Gen. Arczynski stimmte dem ersten Teile des Antrages zu, lehnte jedoch den zweiten Teil ab, weil er in der Wirkung einem Antikriegsgesetz gleichkomme. Gen. Arczynski nahm in einer längeren Rede Stellung zum Um- und Zugabengesetz, und betonte, daß die Sozialdemokratie jede indirekte Steuer ablehnt.

Vizepräsident Giehl eröffnet die Sitzung und stellt die wegen Beschlußfähigkeit des Hauses in der vorhergehenden Sitzung nicht erledigte Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion zur Abstimmung. Abg. Gen. Arczynski zieht den 1. Teil der Resolution zurück, da der Streit der Angelegenheiten inzwischen beigelegt ist. In negativer Abstimmung wird alsdann folgende Resolution angenommen:

Der Volkstag ersucht den Senat

bei wirtschaftlichen Differenzen mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern strengstens das verfassungsmäßige Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zu achten und Entschärfungen, in denen Koalitionen oder irgendwelche Nachteile für die Arbeitnehmer der gewerkschaftlichen Kampfmittel angedroht sind, zu unterlassen.

Für die Entschließung stimmten 33, dagegen 22 Abgeordnete, 5 enthielten sich der Stimme.

Verschlagnahme der Kartoffeln

Abg. Janzen (Vr.) erhält alsdann den Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsausschusses betr. die Kartoffelversorgung. Von den Kommunisten war dem Ausschuss ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt worden, der jedoch abgelehnt wurde. Der bisherige Entwurf wurde jedoch abgeändert. Die Verbilligung soll nur bei ausländischen Kartoffeln erfolgen. Der § 8 wurde dahingehend abgeändert, daß die Bestandaufnahme bei den Händlern und Erzeugern im Gebiet der Freien Stadt erfolgt und daß die Kartoffeln zugunsten des Wohlfahrtsamts der Stadt Danzig beschlagnahmt werden. Redner empfiehlt die Annahme des so abgeänderten Gesetzentwurfs.

Abg. Schmidt (K.) begründete ferner den von der kommunistischen Fraktion vorgelegte Entwurf. Die Vorlage des Ausschusses sei unzulänglich.

Abg. Gen. Arczynski betonte, daß die Ausschussberatungen unter dem Druck der Verhältnisse standen, weil nur kurze Zeit zur Verfügung stand. Trotzdem wurde sachlich und ernst gearbeitet. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf wurde im Ausschuss einstimmig angenommen. Da die kommunistischen Anträge wieder eingebracht worden sind, werde die sozialdemokratische Fraktion für diese weitergehenden Anträge stimmen. Redner wandte sich dann gegen die Anträge Giehl, die die Vorlage verschleiern wollen.

Da die Rednerliste erschöpft ist, läßt der Präsident über den vorliegenden Entwurf des Ausschusses und den kommunistischen Änderungsantrag abstimmen. Nachdem § 1

des Änderungsantrags abgelehnt ist, wird § 1 der Ausschussvorlage angenommen. Bei der Abstimmung über den § 2 protestieren die Kommunisten und Unabhängigen gegen das Abstimmungsverfahren. Sie verlangen, daß erst über die 8 Paragraphen des kommunistischen Änderungsantrages fortlaufend abgestimmt und dann über die Ausschussvorlage beschlossen wird. Präsident Giehl erklärt, daß die Form des kommunistischen Antrages eine solche Abstimmung nach der Geschäftsordnung nicht zuläßt. Es entzweite sich eine lange

Geschäftsordnungsdebatte.

Den Vorwurf, daß Abg. Rahn, daß der Ausschuss schlechte Arbeit geleistet habe, weist Abg. Gen. Arczynski entschieden zurück und stimmt der Auffassung des Präsidenten über das Abstimmungsverfahren zu. Ein Antrag Rahn auf baldige Unterbrechung der Sitzung, damit der Redner auskündet, wird der Angelegenheit beschließen kann, wird abgelehnt. Abg. Man protestiert ebenfalls gegen die Form der Abstimmung, während die Abg. Spieß und Reichel sich für den vom Präsidenten angewandten Abstimmungsmodus erklären. Schließlich beschloß das Haus, die Angelegenheit an den Wirtschaftsausschuss zurückzuverweisen.

Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes.

Abg. Gen. Arczynski: Meine Fraktion hat sich erlaubt, Änderungsanträge zu stellen und zwar aus folgenden Gründen:

Als wir bei der dritten Lesung des Änderungsantrages des Gewerbegerichtsgesetzes am 20. Juni Stellung genommen haben, wurden auf unsere Anträge hin in die

Verständlichkeit des Gewerbegerichts auch die landwirtschaftlichen Betriebe, die kommunalen und Staatsbetriebe mit hineingezogen.

Der Vertreter des Senats erklärte, daß das unmöglich sei, er wandte sich scharf dagegen und begründete seinen Standpunkt damit, daß bis zum 1. Juli 1921 es unmöglich sei, das Gesetz auszuführen. Wir könnten unter Umständen nach dem 1. Juli 1921 in einen gefährlichen Zustand kommen, d. h., daß die Gewerbegerichte ihre Tätigkeit nach diesem Zeitpunkt einstellen müßten, wenn das Gesetz nicht verabschiedet werden würde. Die große Mehrheit dieses Hauses hat aber doch die Notwendigkeit der Einbeziehung der landwirtschaftlichen Betriebe sowohl als auch der kommunalen und Staatsbetriebe, die bisher nicht unter das Gewerbegericht fielen, in dieses Gesetz übernommen, eingesehen, und hat unsere Forderungen angenommen. Um aber dem Senat entgegenzukommen hinsichtlich des Zeitraums, der Inkrafttreten des neuen Gesetzes, hat der Herr Redner Anträge, gestellt, der bisherige Entwurf, einen Änderungsantrag eingebracht, der dahin lautet, daß die Errichtung der Sondergerichte für landwirtschaftliche Betriebe sowie der kommunalen und Staatsbetriebe erst mit dem 1. Oktober in Kraft tritt.

Der Abg. Rahn erklärte, daß dieser sein Zusatzantrag den Zweck verfolgt, daß die landwirtschaftlichen Betriebe, die kommunalen und Staatsbetriebe und Angestellten usw. mit dem 1. Oktober 1921 unter das Gewerbegericht gestellt werden. Während dieses Winterhalbes sollte der Senat die notwendigen Ausführungsarbeiten treffen. Der Abg. Rahn hat aber unglücklicherweise in seinem Zusatzantrag das Wort „Sondergericht“ aufgenommen, was glauben Sie, m. D. u. S., was der Senat mit diesem Wortchen gemacht hat? Er läßt verstanden, daß er am 1. Januar 1922 zwei Sondergerichte diesem hohen Hause zukommen läßt, einmal ein Ausnahmegericht für die landwirtschaftlichen Arbeiter — Sondergericht bedeutet in diesem Falle nach meiner Auffassung ein Ausnahmegericht — zweitens ein Ausnahmegericht für die kommunalen und Staatsbetriebe und Angestellten. Sie sehen also, daß die Bureaucratie im Senat doch zu ihrem Recht gekommen ist, und zwar klammert sich der Bureaucratismus und der böse Wille des Senats an das Wortchen „Sonder-

gericht“ in dem Zusatzantrag des Herrn Kollegen Rahn und schaltet nach wie vor die Kategorie aus dem Bereich des Gewerbegerichtsgesetzes aus. Es gäbe, daß es zum mindesten eine

Bewegung des Willens dieses hohen Hauses

ist, wenn der Senat so handelt, wie er hier auftritt. Er hat nämlich entsprechende Bestimmungen erlassen in Bezug auf die Wahlen der Richter zum Gewerbegericht. Da liegt er ausdrücklich: „Beratung betr. die Wahlen der Richter zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht, mit Ausnahme der Sondergerichte für die landwirtschaftlichen Arbeiter, kommunalen und Staatsbetriebe und Angestellten“. M. D. u. S., das wollte das hohe Haus damals mit der Annahme des Zusatzantrages Rahn jedenfalls nicht. Sie sehen also, meine Damen und Herren, auch von der äußersten Rechten, wie famos die Bureaucratie des Senats arbeitet und wie geschickt sie es versteht, die Gesetze zu biegen und in ihrem Sinne auszulegen. Ich möchte für meine Person gegen ein solches Verhalten scharfsten Einspruch erheben. Ich möchte gerne die Gelegenheit bei der Abänderung dieses einen Paragraphen des Gesetzes, um das Wort „Sondergerichte“ wieder herauszubringen, weil wir sie damals nicht wollten. Ich bedaure, daß keiner der Herren Senatoren hier ist, die Herren halten die Sache nicht für wichtig. — Zwei Sondergerichte zu beschaffen, bedeutet, einen großen Beamten- und Angestelltenapparat aufzulegen. Der Wille des Volkstages war am 20. Juni bei der dritten Lesung, daß alle in meinem Antrage bezeichneten Kategorien in das Gewerbegericht hineingezogen werden.

Der von uns beantragte Artikel ist genau derselbe, wie in dem Änderungsantrag vom 20. Juni respektive vom 2. Juli, mit Ausnahme des Zusatzantrages: Errichtung der Sondergerichte für landwirtschaftliche Betriebe sowie für kommunalen und Staatsbetriebe tritt erst am 1. Oktober in Kraft.“ Damit ist dem Senat die Möglichkeit entzogen, Sondergerichte für diese Gruppen zu schaffen. Es ist erklärlich, daß die agrarisch orientierten Mitglieder des Senats daran Interesse haben, alle Arbeiter in ihrem Sinne loszusagen in Schach zu halten. Das will ich ihnen nehmen und ich will weiter gehen, daß im § 8 des Gesetzes als Arbeiter im Sinne des Gesetzes gelten sollen: Betriebsarbeiter, Werkmeister, mit höheren Dienststellen betraute Angestellte sowie die Hausangestellten. Die Hausangestellten, wenn sie ihren wohlverdienten Lohn in vielen Fällen erhalten wollen, müssen ordentliche Gerichte in Anspruch nehmen. Ich will schließlich auch im § 1 nicht sagen, wie es in der ersten Abänderung heißt, „Für Errichtung von gewerblichen Streitkassen“, sondern ich sage, um es nochmals ins Gedächtnis zu rufen, „Für die Errichtung von Streitkassen aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis“, damit das Gewerbegericht die Bahn frei hat und nicht erst die Frage zu entscheiden hat, ob gehört der Arbeiter unter das Gewerbegericht der gewerblichen Arbeiter oder nicht. Deswegen streiche ich das Wort „Gewerbe“ und sage „Für Streitkassen aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis“ und die Gewerbegerichte errichtet. Wenn das Gesetz nun mit meinen Änderungsanträgen angenommen wird, dann bleiben die bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eben solange, bis der Senat die Neuwahlen der Richter auf der ganzen Linie vornimmt unter Einwirkung der landlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer usw. Und wenn Sie verstehen wollen, die Gerichte würden dann dermaßen mit Beschwerden und Klagen überhäuft, daß sie einfach erstarren, so kann ich, das wird nicht der Fall, und wenn es der Fall wäre, dann hat der Senat die Möglichkeit, auf dem Verhandlungswege die Streitkassen zu schaffen, etwa in Rente, Ziegenhof usw. Wenn der Senat nun etwas anführen würde, daß er neue Gerichte machen möchte, die das Wort nicht ausstellen, und er habe nicht die Zeit dazu, denn das Gesetz beschloß bereits, so steht nicht im Wege, auch noch eine längere Frist als bis zum 1. Januar zu geben, mehrerwegen bis zum 1. April. Aber ich will nicht, daß Ausnahmegerichte geschaffen werden für bestimmte Gruppen. Ich möchte Sie bitten, unter Ablehnung des Ausschussesantrages, unserem Änderungsantrag Ihre Zustimmung

Das Fährlein der sieben Aufrechten.

Erzählung von Gottfried Keller.

Fortsetzung.

17.

„So ist es!“ sagte Wärgel, „aber wir haben dadurch neuen Zuwachs bekommen, einen kräftigen jungen Schöbling getrieben! Ich beantrage, daß der Junge in unsern Kreis der Alten aufgenommen werde und fortan unsern Sitzungen beizumohnen!“

„Also ist es!“ riefen alle und stiegen mit Karl an; der leerte etwas unbefonnen sehr volles Glas, was ihm jedoch die Alten in Betracht der aufgeregten Stunde hingehen ließen, ohne zu murren.

Nachdem die Gesellschaft sich durch das Frühstück hinlänglich von ihrem Abenteuer erholt, zerstreute sie sich. Die einen gingen, ein paar Schiffe zu probieren, die anderen den Gabensaal und die übrigen Einrichtungen zu besuchen, und Brummann ging, seine Tochter und die Frauen zu holen, bei denen sie zu Gast war; denn zum Mittagessen wollten sich alle wieder an dem Tische finden, der ziemlich in der Mitte der Wälder und im Bereich der Tribüne gelegen war. Sie merkten sich die Nummer und gingen höchst wohlgenut und aller Sorgen ledig auseinander.

Genau um zwölf Uhr sah die Tischgesellschaft von einigen tausend Köpfen, welche jeden Tag andere waren, um gebückten Tische. Landleute und Städter, Männer und Weiber, Alte und Junge, Gelehrte und Ungelehrte, alle sahen sehr lebhaft durcheinander und barreten auf die Suppe, indem sie die Gläser entförken und das Brot anschnitten. Niemand blies ein häßliches Gesicht, niemand ließ sich ein Ausschrei oder ein häßliches Geräusch hören, sondern nur gleichmäßig verbreitete das hundertfach verstärkte Geklinge einer frohen Hochzeit, der gemahlte Wellenschlag einer in sich verzüngelten See. Hier ein langer Tisch voll Schalen, dort eine blühende Doppelreihe von Landmädchen, am dritten Tisch eine Zusammenkunft jugendlicher alter Säuler aus allen Teilen des Landes, die das Examen endlich überstanden hatten, und am vierten ein ganzes ausgewandertes Städtchen,

Männer und Frauen durcheinander. Doch diese lebenden Heerscharen bildeten nur die Hälfte der Versammlung; ein ununterbrochener Menschenzug, ebenso zahlreich, strömte als Zuschauer durch die Gänge und Zwischenräume und umfränzte, ewig wandelnd, die Essenden. Es waren, Gott sei Preis und Dank, die Vorstehenden und Parlamenten, die sich die Sache berechnet und anderwärts für noch weniger Geld gefestigt hatten, die Nationalität, welche alles billiger und enthaltsamer bewerkstelligt, während die andere so schrecklich über die Schür baut; ferner die Abnehmer, die der Küche nicht trauten und denen die Wälder zu schlecht waren, und endlich die Armen und die Kinder, welche unfreiwillig zuschauten. Aber jene machten keine schlechte Bemerkungen, und diese zeigten weder zerrissene Kleider noch böse Miene; sondern die Vorstehenden freuten sich über die Unvorsichtigkeit, der Vornehmung, welchem die Schiffe voll grüner Erbsen im Juli zu lächerlich waren, ging ebenso wohlgeplant einher, wie der Arm, dem sie verführerisch in die Nase kuckten. Sie und da freilich zeigte sich ein freilich eigener Eigennutz, indem es etwa einem klugen Bäcker gelang, unbedacht einen verlassenen Platz einzunehmen und fröhlich mit zu essen, ohne bezahlt zu haben; und was noch schlimmer war für ordnungliebende Augen, es entstand deswegen nicht einmal ein Wort: „Hut und ein Einwurf.“

Der oberste Bewirtet stand vor dem ersten Schenker und Alles auf einem Fächerbügel das Beiden zum Auftragen eines Getränkes, worauf eine kompakte Aufwärtler hervorbrach und sich mit künstlich eingeübter Schwermut rechts, links und garbisch zerstreute. Einer derselben fand seinen Weg zu dem Tische, an welchem die Aufrechten und Besten saßen, unter ihnen Karl, Germin und ihre Freundin, diesen oder was sie sein mochten. Die Alten hockten eben eifrig auf einen Hauptredner, der die Tribüne bestieg, nachdem der Landvater einen kräftigen Wirbel geschlagen. Ernst und gesammelt saßen sie, mit weggelegter Gabel, fest und aufrecht, alle haben Köpfe nach der Tribüne gewandt. Aber sie erröteten wie junge Mädchen und schauten einander an, als der Redner mit einer Wendung aus Karls

Rede begann, die Erscheinung der sieben Aufrechten und hieran seine eigene Rede knüpfte und ausführte. Nur Karl hörte nichts; denn er überlegte seine mit den Fragen, die ihm sein Vater anließ und seine Unwissenheit ausbrachte. Als der Redner unter großem Beifall geendigt, sahen sich die Alten abermals an; sie hatten schon diesen Versammlungen beigewohnt, aber zum erstenmal waren sie selbst der Gegenstand einer Rede geworden, und sie wagten nicht, sich auszuhäuten, so verschnitten sie, wenn auch überflüssig, aber wie es der Weltlauf ist, ihre Rednerin eingingen konnten sie nicht und ahnten nicht, was sich für Prosopöien in ihrer Nähe befanden, und so wurde ihre Unwissenheit nicht belächelt. Um so zufriedener trübten sie einander die Hände, nachdem sie jeder seine für sich gestanden und ihre Augen sagten: Nur unaufrichtig! Das ist der alte Lohn für Tugend und andauernde Fortschrittlichkeit!

Worauf Ruter rief: „Nun, diesen Tisch haben wir unsern Weiser Karl zu verdanken! Ich glaube doch, wir werden ihm schließlich Abgibt Gracelheit abgeben und ihm eine gewisse Puppe drehen lassen.“ Das meinte er, Daniel Brummann! „Ich möchte auch“, sagte Wärgel, „daß er mit mein Schwelgerei abkaufen und seine Worte verlieren.“

Doch Brummann rümpfte plötzlich die Stirn und sprach: „Ein gutes Mundwerk wird nicht leicht mit einem Beißzahn bezähmt! Demjenigen in meinem Hause gehört noch eine gute Gabe dazu! Galt und die Gracelheit des Senats nicht auf ungebührliche Dinge auszuheben!“

Karl und Germin waren rot geworden und hatten verlegen in das Volk blickt. Da grüßte der Kammerherr der den Liebesheirath des Schöbings verlobte und auf den eine lange Reihe von Schwestern, die Wärgel in der Hand gewarlet hatte. Augenblicklich knallte es wieder auf der ganzen Tribüne. Karl erhob sich vom Tische, sagte, nun wolle er sein Glas ausverleihen, und begab sich nach dem Gabensaal. „Nun ist wohl ihm wenigstens zusehen, wenn ich ihn auch nicht bekommen soll“, rief Germin lachend und ging ihm nach, begleitet von den Freundinnen.

(Fortsetzung folgt.)

geben. Sie erstellten damit der Gesamtheit der Arbeiter der Freien Stadt Danzig einen Dienst. Hg. Ruhn (D. P.) erklärt, daß sein damaliger Antrag, landwirtschaftlichen Arbeitern und den Arbeitern in städtischen und kommunalen Betrieben die Möglichkeit geben zu sollen, Lohnverträge ohne langwierige Prozesse vor den städtischen Gerichten zum Austrag zu bringen. Gemein- sam war die Einrichtung von Sondergerichten für diese Arbeitergruppen beabsichtigt. Es muß eine Vereinfachung der Abfertigung erfolgen, damit jeder Streit aus dem gewerkschaftlichen Leben vor dem Gewerbegericht oder Kaufmannsgericht ausgetragen werden kann. In diesem Zweck hatten die Gewerbeämter verschiedene Abteilungen aufgestellt, die dem Gewerbeamt unterstellt waren. Die Vorlage wurde dem Ausschuss überwiesen.

Eine Reihe Eingaben wurde dem Antrag des Ausschusses entsprechend erledigt. Eine Ausdrucksentscheidung der Gesamtheit der Arbeiter der Freien Stadt Danzig wurde durch den Ausschuss der Gesamtheit der Arbeiter der Freien Stadt Danzig erreicht. Der Ausschuss erklärte, daß ein generelles Verbot nicht erfolgen kann. Den Arbeitern muß geboten werden, indem die Arbeitsvermittlung der städtischen Arbeitsvermittlung unterstellt wird. Das Material wird der Arbeitsvermittlung überwiesen. Es sollte der polnische Antrag über die

Erweiterung der Verhältnisse des wirtschaftlichen Schlichtungsausschusses.

Hg. Ruhn (D. P.): Woher konnte bei wirtschaftlichen Streitigkeiten der Schlichtungsausschuss angerufen werden. Er besteht nicht. Um die Streitigkeiten des wirtschaftlichen Lebens zu vermeiden, muß der Arbeiter zwingende Bestimmungen zur Vermeidung des Ausschusses und Gewerbeämtern zur Verfügung haben. Woher verlangt, daß die Verhältnisse ausgebaut und durch eine zweite Instanz ersetzt wird. Die Urteile müssen vollstreckt werden. Geht es gegen den Unternehmer, so darf er sich der Vollstreckung nicht dadurch entziehen, daß er seinen Betrieb verläßt. In diesem Falle muß ihm das Kündigungsrecht entzogen werden, und er muß den Lohn weiter zahlen. Ist sich das Urteil gegen die Arbeiter, so dürfen sie nicht beschlagnahmt werden, unterliegen einem gewissen Zwangsange.

Hg. Wen. Kreszinski: Der Antrag rührt an die Arbeiter der Freien Stadt Danzig. Den ersten Absatz erkennen an, den zweiten, die Vollstreckbarkeit der Urteile, lehnen ab. Nicht sich das Urteil gegen den Arbeiter, dann er das Verbot betrachten, um den Schaden zu erlangen. Er arbeitet die Gerichte viel zu langsam, bei der heutigen Arbeit des Verfahrens viel schneller sein. Woher weiß, daß die Schlichtungsausschuss, wo die Arbeiter um 5 Tage wegen Kündigungsfrist Entlassung klagen. Der Prozess dauert zwei Jahre und hat bisher über 20000 Mark verurteilt. Der Antrag ist gut gemeint, aber wir in einer Gesellschaft, die eine friedliche Verständigung will, das Kapital ist auf die Ausbeutung des Arbeiters zuweisen. Woher hat einmal gesagt: „Das Leben ist ein Kampf und nur Kapitalisten wollen leben.“ Deshalb kämpfen gegen die Konkurrenz und gegen die Arbeiter.“ Woher die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, an dieser Tatsache nicht zu ändern sein.

Der Schlichtungsausschuss muß mit den geeigneten Arbeitskräften versehen werden, die das notwendige Verständnis haben. Woher die Arbeitgeber nicht folgen, dann soll man auch vor einem Zugriff in das Vermögen zurücktreten.

Hg. Hülser (H. S.) beabsichtigt den Ausbau des Schlichtungsausschusses. Einem Antikriegsgesetz können wir nicht zustimmen.

Der Antrag wird an den Ausschuss für soziale Angelegenheiten überwiesen.

Die Anträge zur Vereinfachung der Verhältnisse der Verhältnisse des Ausschusses überwiesen.

Es folgt die erste Lesung des

Umsatz- und Zugzwangsengesetzes.

Hg. Wen. Ven: Ein Unglücksfall schwebt über den Handel der Senats, sonst hätte er ein solches Gesetz nicht gemacht. Werden diese Verträge Gesetz, dann werden Handel und Verkehr sehr erschwert. Sachverständige aus Reihen der Kaufleute seien zwar gehört, ihre Einwände aber nicht berücksichtigt worden. Die Sozialdemokratie ist Gegnerin jeder indirekten Steuer, weil sie den Handel stärker belastet als den Handel. Hier in diesem Fall eine Belastung für die Beschäftigten. Das Geld muß gebracht werden, geschieht das durch diese Steuer, dann werden sie keine Steuern bezahlen. Der Steuer verweigern, unterzieht die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes einer scharfen Kritik und beantragt die Überweisung an den Steuerausschuss.

Nach persönlichen Bemerkungen der Hg. Ros und Ven folgt das Gesetz auf Freitag, nachmittag 3 Uhr.

Gewerkschaftliches.

12. Verbandstag der Dachbeder.

In den Tagen vom 12. bis 19. November hielt in Halle der Zentralverband der Dachbeder seinen 12. Verbandstag ab. Den Geschäftsbereich erstatteten Verbandsvorstand der Hg. Ros und Ven. Eine Debatte über die Einmütigkeit der Zustimmung zu der Tätigkeit des Verbandes. Es sprachen 23 Redner, dann wurde folgender Tag angenommen: Der Verbandstag erklärt sich mit der Tätigkeit des Zentralverbandes einverstanden, spricht ihm

sein weiteres Vertrauen aus und wünscht, daß er seine Arbeit in dem bisherigen für die Organisation fortgeschrittenen Sinne weiterführt. Den Bericht für die Redaktion gab ebenfalls Hg. Ros. Die Ausdrucksentscheidung ergab volle Zustimmung zu seiner Redaktionsführung, die auch von den kommunikativen Kollegen gebilligt wurde.

Am Punkt Unterhaltungsleistungen referierte Hg. Ros. Von einer gütlichen Beseitigung des Unterhaltungsproblems könne keine Rede sein. Für die Unterhaltungsleistung wurde die gleiche Beitragskategorie, daß mit jeder Lohnsteigerung auch die Beiträge steigen, die sicherste Grundlage. Es wurde beschlossen, 85 Prozent eines Stundenlohnes als Beitrag zu zahlen und davon 75 Prozent mit der Hauptkategorie zu verrechnen. An der Erwerbslosenunterstützung wurde nichts geändert. Die Umwandlung wurde verabschiedet.

Über den Reichstagsrat sprach Verbandsvorstand Hg. Ros. In zweitägigen Verhandlungen wurde die Tätigkeit des Reichstagsrates in letztem Jahr und Wider besprochen und ein Programm für die künftige Tätigkeit aufgestellt, in dem die Vertiefung, Regelung der Erwerbslosenunterstützung und die Stellung zum Reichstagsrat eine besondere Rolle spielen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Bauarbeiterverband. Der Reichstagsrat berichtete die verschiedenen Bemerkungen des Reichstagsrates der Dachbeder, um in dieser Form vorzutreten. Es müsse alles getan werden, um die Errichtung des Bundes durchzuführen; schließlich eine Veranschaulichung mit dem Bauarbeiterverband sei abzuleiten. Nach einer längeren Aussprache wurde die sofortige Veranschaulichung mit dem Bauarbeiterverband mit 21 gegen 13 Stimmen abgelehnt und einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Zentralverband beauftragt wurde, mit aller Kraft für die Schaffung des Bauarbeiterbundes einzutreten.

Über die Sozialisierung des Baugewerbes gab Hg. Ros. Frankfurt a. M. einen Bericht. Nach gründlicher Beratung wurde beschlossen, 100000 Mark aus zentralen Verbandsmitteln dem Verband sozialer Baugewerke zur Verfügung zu stellen. Ferner laufend 8 Prozent der zentralen Einnahmen.

Verschiedene parlamentarische Bestimmungen wurden geändert. Die Mitglieder des Reichstagsrates erklärte einstimmig. Der nächste Verbandstag findet Pfingsten 1924 statt.

Die Stettiner Betriebsräte-Schule.

Das Kuratorium der Betriebsräte-Schule hat in einer Sitzung mit den Vertrauensmännern der Oberstadt eine Aussprache gehabt über den Verlauf der erstmalig eingerichteten Unterrichtsstufe. Es hatten sich gegen 40 Teilnehmer zum Unterricht gemeldet, so daß Parallelkurse eingerichtet werden mußten. Jeder Kursus war durchschnittlich von 30 bis 40 Hörern belegt. Nach fünf bis sechs Unterrichtsstunden beträgt die Teilnehmerzahl in allen Kursen noch mehr als 50 Prozent des ersten Tages, in einigen Kursen sogar 75 bis 80 Prozent, ein sehr günstiges Ergebnis, das für die rege Teilnahme, Arbeitsfreudigkeit und Ausdauer unserer Genossen spricht.

Die Arbeiter Deutschlands zur Forderung.

Die Groß-Berliner Betriebsräte sind gestern auf Veranlassung der in Berlin weilenden Betriebsdelegationen aus dem Reich zusammengetreten. Ein Versuch der Kommunisten, die Berliner Arbeiterkraft für eine Aktion zu gewinnen, schlug fehl. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, nach der der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die KfA aufgeföhrt werden, innerhalb 14 Tagen einen Allgemeinen deutschen Betriebsräte-Kongress nach Berlin einzuberufen. Dieser Kongress soll sich befassen mit der Errichtung einer Amnestie für die politischen Gefangenen, der Durchführung der Forderungen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zum Reichssteuerprogramm, der Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung der Lebensmittel durch die Organisationen der Gewerkschaften, der Betriebsräte usw. Wenn der Gewerkschaftsbund in 14 Tagen keinen Kongress einberufen sollte, so werden die in Berlin versammelten Betriebsräte selbst einen Aufruf zu einem Kongress erlassen.

Nach einer Meldung aus Halle hat das dortige Gewerkschaftskomitee beschlossen, daß eine Generalstreikparade, die nur die Herausgabe der politischen Gefangenen fordert, nicht angängig genug ist, um die breiten Massen zur Niederlegung der Arbeit zu bestimmen.

Aus aller Welt.

Die glückliche Fahrenjungfer. Nachfolgende Geschichte finden wir in der Tschilger „Internationale“. Im Gasthause Waldschloß in Schwab hat die Marien-Kongregation ihr Vereinslokal. In diese Marien-Kongregation werden nur Jungfrauen aufgenommen, weshalb der Verein auch christlicher Jungfrauenverein genannt wird. In der letzten Versammlung ereignete es sich, daß die Jungfrau E. S., gleichzeitig Fahrenjungferin der Marien-Kongregation, von Geburtswunden befallen wurde und mitten in der Andacht einem gesunden Kinde das Leben schenkte.

Ein hochgradiger Landrat. Wie aus einer kleinen Anfrage der Abgeordneten Genossen Neumann-Müller, Hammer, Frau Desterreicher und Frau Wohlgenuth an die preussische Regierung hervorgeht, läßt der Landrat v. Mirbach im Kreise Meiburg (Ost-

preußen) entgegen den bestehenden Anordnungen des Ministers und trotz mehrfacher Hinweise durch sozialdemokratische Reichstagsmitglieder aus dem Sitzungssaal des Meiburger Reichshauses zwei hochgradige Bilder (Wilhelm II. und seine Frau) nicht entfernen.

Derselbe Landrat beauftragte den Gemeindevorsteher Pasternak aus Plonken mit einer Sammlung von Unterschriften zwecks Entfernung eines sozialdemokratischen Lehrers aus Elshau und erließ dem Pasternak aus Dank für diese Tätigkeit eine vom Schulbezirkrenten verhängte Geldbuße.

Ein origineller Raubzug. Das Schwurgericht in Oldenburg beschäftigte sich mit einem Raubzug, der im Jahre 1919 in Jever verübt wurde und durch die Art, wie die Räuber vorgehen, einer gewissen Komik nicht entbehrt. Die Räuber hatten ein maschinengewehrähnliches Gerät aus einem eisernen Rohr, einigen Konservendosen und dem Rahmen eines Fahrrades gebaut. Sie besaßen sich elektrische Lampen, nahmen Schusswaffen und ein Beil mit, dazu auch Holz nachgeahmte Handgranaten, und kamen so nach Jever. Auf dem Marktplatz wurde das Maschinengewehr aufgestellt und dazu die elektrischen Lampen, so daß die Besetzung durch eine Truppe markiert war. Der Führer kommandierte „Stillgestanden“, um in der Nachbarschaft den Eindruck zu erwecken, auf dem Marktplatz stünde eine Kompanie Soldaten. Dann erbrach ein Räuber eine Tür der Spar- und Leihbank und zwang den Bankvorsteher, den Geldschrank zu öffnen, aus dem er 85000 Mark raubte. Weiter verübten die Räuber einen Überfall auf das Postamt in Sande, und stahlen dort für 60000 Mark Briefmarken und 150 Mark in bar. In Husum bei Jever zwangen sie einen Gutspächter zur Öffnung der Tür, indem der Führer durchs Fenster rief: „Es ist Waffenrevision, machen Sie sofort die Tür auf!“ Als die Räuber erfuhren, daß in dem Hause zehn Anechte und Mägde waren, stahlen sie schließlich raubten sie in Schwartens noch 1100 Mark. Mehrere Monate vergingen, bis man die Täter verhaften konnte. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagten zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Nach der Urteilsverkündung erklärte einer von ihnen, er wolle beten, daß der Geist der ihn beerrichte, in ihm bleibe, damit er noch größere Taten ausführen könne.

Ein wackerer Mann. Einer der reichsten Kirchenfürsten Ungarns, der mehrere hunderttausend Morgen fruchtbarsten Landes hat, der Fürstprimas Johann Cernoch in Gran, ließ dieser Tage, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet, die Witwe seines verstorbenen, 40 Jahre in seinen Diensten gewesenen Kellermeisters samt ihrem arbeitsamen Hab und Gut auf die Straße setzen, wo sie fünf Tage und Nächte verbringen mußte, weil sie die Miete von 1200 Kronen in einem Hause des Primas nicht mehr bezahlen konnte.

Unterdrückung. Wie aus Stockholm telegraphiert wird, ist der Kassierer der Fäimland Hofeis-Bank in Leksand wegen Unterdrückung von 2750000 Kronen verhaftet worden.

Streik in Triest. In Triest ist die gesamte Arbeiterschaft der Schiffbauwerften und aller größeren Industrieunternehmungen ausständig, ebenso die der Gas- und Elektrizitätswerke. Die Stadt ist ohne Licht und elektrische Kraft. Es besteht Gefahr, daß die Stadt auch bald ohne Trinkwasser sein wird, weil die Arbeiter der Wasserwerke sich dem Ausstand angeschlossen haben. Im Hafen ruht die Arbeit vollständig, auch die Zeitungen erscheinen nicht. Zwischen Faschisten und Kommunisten gab es scharfe Auseinandersetzungen. In ein Gasthaus wurde eine Bombe geworfen, in San Giacomo wurde bei einer Mausei ein Mechaniker tödlich verletzt.

200 Bahnbeamte zum Tode verurteilt. Das Revolutionstribunal der Wladikawsk-Bahn (Nordkaukasus) verurteilte 200 Eisenbahnwärter zum Tode und 89 weitere Eisenbahner zu Zwangsarbeit und zwar für Diebstähle und Veranlassung der Eisenbahnbrände.

Theaterbrand. Eine Feuersbrunst glicherte in Paris einen Teil des Theatre Mancey ein. Personen kamen nicht zu Schaden.

Explosion in einer Fabrik. Am 21. November vormittags 9 1/2 Uhr explodierte in Ludwigshafen im Bau 31 Wasserstoffabfüllung Alles Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik beim Komprimieren eine Wasserstoffflasche. Zwei Arbeiter sind tot, weitere acht mehr oder weniger schwer verletzt. Der Bau selbst ist fast vollständig zerstört. Glücklicherweise waren nicht mehr Leute im Bau oder in dessen Nähe.

Die zweite schwedische Note-Kriegs-Expedition nach Rußland verläßt in diesen Tagen Stockholm, um sich über Nowosibirsk und Petersburg nach Samara zu begeben. Sie führt Lebensmittel für öffentliche Speiseanstalten mit sich, die für die Verpflegung von 800000 Personen für die Dauer eines Monats berechnet sind.

Danziger Konfektionshaus - Größte Kleiderfabrik des Ostens

Fernsprecher 409 Inh. A. Steinhöfel Fernsprecher 409

Zur Deckung Ihres Herbst- und Winterbedarfs empfehle ich meine:

Anzüge, Ulster, Paletots, Joppen, Hosen u. s. w.

zu äußerst billigen Preisen.

Sämtliche Konfektion ist in eigener Fabrik hergestellt und bürgt für beste Verarbeitung.

(5452)

Mass-Abteilung

zur Anfertigung von erstkl. Damen- u. Herrengarderobe

Gute Stoffe :: Beste Verarbeitung :: Garantie für tadellosen Sitz

Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen und äußerst billig berechnet.

Fabrik: Poggenpuhl 59 am Wiebenplatz

Geschäfte: Töpfergasse 23/24 Altst. Graben 66 b

und

Poggenpuhl 59.

Halpaus  **Ritterschütz**

QUALITÄT UNERREICHT

DIE NEUE DICKE ZIGARETTE

ohne Mundstück 20 Pfg. mit Goldmundstück 25 Pfg.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Freitag, den 25. November, abends 7 Uhr:
Dauerkarten A 1.
Zum Besten der Drogenkassette Jenhaus:
Tiefenland
Drama in einem Akt und zwei Akten.
Musik von Eugen d'Albert.
Szen. gef. von Oberregisseur Julius Brückner.
Musikallg. Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Freybrich.
Sonnen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr.
Freitag, abends 6 1/2 Uhr: Dauerkarten B 1. G.
„Häufige Preise.“ „Samlet.“ Tragödie.
Freitag, vormittags 11 Uhr: „Sturm (musikalisch).“
Morgenster. Professor Heinrich Meier, Dresden
(Cello).
Freitag, nachmittags 3 Uhr: „Gemeinliche Preise.“
Zum letzten Male! „Der Wetter aus Dingden.“
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine
Gültigkeit! Zum letzten Male! „Die Ballerina
des Abends.“
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Baby
Wunderwetter's Fächer.“ Komödie.

Wilhelm-Theater
Veranstaltet mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann
Heute, Freitag, den 25. November,
abends 7 1/2 Uhr
Kasseneröffnung 8 Uhr.
Pastspiel Max Pallenberg aus Berlin:
Familie Schimek
Schwank in 3 Akten von O. Kadelburg.
Sonntag, den 27. November:
Der Graf von Luxemburg
Vorverkauf in Warschau Gebr. Frymann, Kohlenmarkt,
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (5510)
„Libelle“
Möglich: Musik, Gesang, Tanz
Schenken Sie sich mit:
Weihnachtskerzen
ein, jetzt noch enorm billig
Drogerie am Dominikanerplatz
Kargasse 12, Eckhaus Breitgasse, an d. Markthalle

Licht-Spiele
Ab heute!
Der Welt größter Film!
2 Teile!
Das indische Grabmal.
Regie: Joe May.
Hauptrolle: **Mia May!**
Nach d. gleichn. Roman v. Thea v. Harbou.
1. Teil!
Die Sendung d. Yoghi
Ein Mysterium in einem Vorspiel
und 7 Akten. Schauspiel der Hand-
lung zum Teil Europa, zum Teil
Indien, a. Hotel d. Parson v. Bchnapur.
Es wird gegeben, die Nachmittagsvorstellungen
zu besuchen, da bei diesem Frühlingsprogramm
mehr denn je mit großer Änderung zu den Abend-
vorstellungen zu rechnen ist.
Tägl. 3 Vorstellungen, 4, 6 u. 8 Uhr.
Vorverkauf von 10 bis 1 Uhr.
Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Billig und doch gut
kaufen Sie moderne fertige
Herren-Bekleidung
sowie gut sitzende Maßanfertigung
bei **J. Czerninski**
Danzig, Altstadt, Graben 96/97
Eingang Kleine Mühlengasse.
Sonntag, d. 27. Nov., nachm. 3 Uhr, Sporthalle
Wirtschaftsbund Danziger Hausfrauen
Winterfest
Oberschuß zu wohltätigen Zwecken.
Der Helfer in Nöten. Lustspiel Fri. Rodnacker.
Haus-Sachs-Spiele. Deutsche Volkstänze
Eintritt Gäste 2 Mark. Mitglieder 1 Mark.

Metropol-Lichtspiele
Dominkswall 12.
Vom 25. Novbr. täglich 4 Uhr bis 1. Dezbr.
Der Meister-Detektiv
Bruno Richgrän als Nie Carter in
Die drohende Faust!!
Sport-Detektiv in 6 Akten.
Frauen die am Wege sterben!
Gesellschafts- u. Sitten-Tragödie in 6 Akten.
Ein prächtig ausgestatteter original-italien.
Film mit erster Besetzung. (5610)
Diverse Einlagen!
4, 6, 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Sämtl. Drucksachen
In geschmackvoller Ausführung liefert in
kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

Noch nie dagewesen!
Gewerbetreibende! Hausierer!
3000 Herrenulster
zum Preise von 250—350 Mark
Heutiger Herstellungs- und Verkaufspreis 700—1000 Mark,
auch in kleinen Mengen, gibt ab an Private
Alfred Michaelis, z. Z. Danzig
Pfefferstadt 52, linker Aufgang, 2 Treppen.
(5604)

Bottle 1.50 Mark
für 1/2 und 1/3
Wein, Cognak u. Likörflaschen
auschl. Rhein- und Moselflaschen.
Californische Weinhandlung
Porte-Gallengasse 2,
Junkergasse 1a an der Markthalle,
Langfuhr, Neuschottland 19a. (5611)

Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (5608)

Volkspflege
Gewerkschaftlich-Gesell-
schaftliche Versicherung-
Aktiengesellschaft
— Stiefelwerke. —
kein Polizeiverbot.
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.
Alt. Bodenrummel
Eisen, Blei, Messing und
Kupfer kauft Plotzki,
Schiffelbamm 11. (5596)

Märchenbücher, Bilderbücher, Malbücher
in allen Preislagen

Partei- und Gewerkschafts-Literatur

Das beste Weihnachtsgeschenk ist ein gutes Buch
Sie finden in unserer Buchhandlung:

Internationale Bibliothek		Romane und Erzählungen		Klassiker	
Entwicklungstheorie (Darwins Lehre)	10.50	Der Morgen graut	3.—	Schiller, 4 Bände	60.—
Charles Fourier, von Bebel	14.—	Mutter	3.—	Goethe, 4 Bände	60.—
Die Philosophie Spinozas	14.—	Nußel, das Kapital	3.—	Shakespeare, 4 Bände	60.—
Die Frau und der Sozialismus	15.—	Verschrobene Volk	4.50	Reuter, 4 Bände	60.—
Geschichte der Kommune von 1871	24.—	Erzgebirgisches Volk	3.—	Lessing, 2 Bände	30.—
Der Ursprung der Familie, von Engels	10.50	Die Heiterelei	6.—	Uhland, 1 Band	15.—
Das Elend der Philosophie, von Marx	10.50	Der Prinzipienreiter	4.50	Lenau, 1 Band	15.—
Gesundheitspflege des Weibes	12.—	Der Ausweg	3.—	Kleist, 1 Band	15.—
Die Lessing-Jugend, von Mehring	20.—	Die Markelenderin	3.—	Chamisso, 1 Band	15.—
Dührings Umwälzung der Wissenschaft	16.—	Der Pariser Garten	4.50	Freiligrath, 1 Band	15.—
Leben und Tod, von Dodel	10.50	Das Land der Zukunft	4.50		
Moses oder Darwin, von Dodel	9.—	Der Gotteslästerer	10.—	Gedichtsammlungen	
Geschichte des Materialismus	16.—	Erwacht	10.—	Von Alltag und Sonne, von César Flaischlen	24.—
Zur Kritik der politischen Ökonomie	14.—	Germinal	12.50	Heimat und Welt	8.40
Sechzehn Jahre in Sibirien	18.—	Quo-vadis	3.—	Buch der Zeit, von Arno Holz	20.—
Theorien über den Mehrwert, von Marx, 4 Bde.	48.—	Sybilie und der Papagei	15.—	Hausbuch deutscher Lyrik	21.—
Ethik und materialistische Geschichts-		Der goldene Strumpf	13.50	Wir weben, von Heine	7.50
auffassung, von Rautsky	9.—	Die Wallen nieder	11.—	Ernst und hellere Gedichte für Arbeiterleser	10.—
Viernat entflohen, von Leo Deutsch	14.—	Marthas Kinder	8.25	66 Prologe für Arbeiterleser	3.—
Ursprung des Christentums, von Rautsky	24.—	König Kohle	14.—	Für die Jugend	
Verläufer des neueren Sozialismus,		Die Frauen aus dem alten Staden	12.50	Oliver Twist	6.—
von Rautsky, 2 Bände	24.—	Der letzte Hansbur	18.—	Kyros, der Weltherrscher	6.—
Marxistische Probleme, von Adler	10.50	Dahinten in der Heide	18.—	Die Kinder des Kapitän Grant	9.—
Dietzgens Lehren, von Hepper	9.—	Ein Rückblick aus dem Jahre 2000	5.—	Die Nordpollfahrer	7.50
Der Zukunftsstaat, von Ballod	12.—	Gerd Wullenweber	6.50	Robinson Crusoes Abenteuer	7.50
Die Voraussetzungen des Sozialismus und die		Das heilige Feuer	6.50	Onkel Toms Hütte	7.50
Aufgaben der Sozialdemokratie, v. Bernstein	10.50	Vom Beter zum Kämpfer	6.—	Coopers Lederstrumpf-Geschichten	7.50
Vollständige Geschichte der Philosophie,		Bulu Simba's Mission in Europa	6.—	Hanne-lore	9.—
von Vorländer	30.—	Drei Monate Fabrikarbeiter	5.50	Am Höhenweg	9.—
Revolution, v. Marx	10.50	Kreuz und Quer durch den Balkan	3.—	Wenn du noch eine Müller hast	9.—
Agarfrage in Rußland	9.—	Ein Wanderbuch	7.50	Heideröschchen	9.—

Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32